

«Hauptziel schon heute erreicht»

Die Links- und Mitteparteien im Zürcher Weinland organisierten einen Online-Anlass zu den Abstimmungen rund um die beiden Agrarinitiativen. Im Zentrum: ein Arzt, ein Biobauer und ein Bio-Saatgutproduzent.

Alexander Joho

Wie kommt ein Chirurg mit dem Spezialgebiet «Übergewicht» dazu, sich für die beiden bevorstehenden Agrarinitiativen einzusetzen? «Zweimal hintereinander hat meine Partnerin einen anaphylaktischen Schock nach dem Verzehr von gespritzten Mandarinen erlitten», erklärte der Bieler Facharzt Jérôme Tschudi an der Online-Veranstaltung vom vergangenen Dienstagabend. Tschudis offizielles Engagement beginnt 2019, nach einem Ärzte-für-Umweltschutz-Vortrag der Biologin und heutigen Mit-Initiantin Antoinette Gilson. Seither arbeitet er für die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» als Berater, später kam auch noch die Trinkwasserinitiative dazu. «Synthetische Pestizide sind sehr giftig und auch sehr langlebig; wie lange, das wissen wir noch gar nicht, denn wir experimentieren erst seit 80 Jahren damit.» Diese Pestizide wirkten auf alle Lebewesen und sammelten sich in den Böden im Grundwasser an, führte Tschudi aus und sprach dabei vom Menschen als «Endlager».



«Es kann niemand gegen die beabsichtigten Ziele sein.»

Konrad Langhart
Bio-Bauer
Stammheim

Wirkstoffe potenzieren sich gegenseitig

Anhand von Messergebnissen des Zürcher Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft für den Furtbach bei Würenlos von 2014 zeigte Tschudi auf, wie umfangreich das Trinkwasser mittlerweile mit Pestiziden belastet sein kann: Damals lagen bei 39 Pestiziden die Werte über den Bestimmungsgrenzen, 16 Pestizide über den Anforderungen der Gewässer-schutzverordnung. Ein anteilmässig kleines, aber umso gefährlicheres Pestizid, das Insektengift Neonicotinoid, sammelt sich, wie Tschudi anhand einer japanischen Studie von 2015 argumentierte, dort seit den 1990er-Jahren immer mehr im Urin an.

Obschon Organochlor-Pestizide wie beispielsweise DDT in der Schweiz seit 1972 und weltweit seit 2004 verboten sind, könnten sie über Agrarprodukte aus Drittweltländern immer noch importiert werden. Bei den aus den Kampfstoffen Tabun und Sarin gewonnenen Organophosphor-Pestiziden gehe die EU, was den Intelligenzverlust im Gehirn betrifft, von jährlichen Gesundheitskosten von 125 Milliarden Euro aus. Weitere Chemikalien oder Mischungen davon, die sogenannten Endokri-



«Synthetische Pestizide sind sehr giftig und auch sehr langlebig.»

Jérôme Tschudi
Facharzt für
Viszeralchirurgie

nen Disruptoren, die 60 Prozent aller Pestizide ausmachten, verursachten bei noch ungeborenen Kindern bleibende, vererbare Schäden, wie Übergewicht oder Diabetes, und in der EU noch höhere Kosten im Gesundheitswesen.

Pestizide könnten sich, basierend auf zahlreichen unabhängigen Studien, mehrfach schädlich auf den Körper auswirken; das in Form von Hirnschäden, wie bei der Schüttellähmung, einer in Frankreich seit 2012 anerkannten Berufskrankheit von Bauern, wie auch Missbildungen, Fruchtbarkeitsstörungen, Immundefekten, Allergien oder Krebs. Die bestehenden Grenzwerte lösen aus Sicht von Tschudi keine griffigen Massnahmen aus, dazu sei die Wirkung von «Pestizid-Cocktails» nicht erforschbar: «Die Wirkstoffe werden einzeln zugelassen und potenzieren sich beim Einsatz gegenseitig.» Hormone wirkten schon in viel kleineren Mengen, als es die Grenzwerte erlaubten. Bei den Summationsgiften oder Pestiziden wie Blei, Quecksilber, Benzopyren oder den Nitrosaminen gelte die Regel «Die Menge macht das Gift» nicht immer, die Lethalität steige mit zunehmender Lebensdauer. Tschudis Fazit: «Es gibt keine Diskussionsmöglichkeit: Synthetische Pestizide haben in der Umwelt, im Trinkwasser und im Essen nichts zu suchen! Das sind wir unseren nachfolgenden Generationen schuldig.»

Initiativen in denselben Topf geworfen

Es folgten Kurzinterviews mit zwei weiteren Hauptgästen. Der Stammer Biobauer und Kantonsrat Konrad Langhart (Die Mitte) vertrat seine persönliche Meinung: «Der Biolandbau befindet sich zwischen den Fronten. Es kann niemand gegen die beabsichtigten Ziele sein, ich selber finde jedoch besonders die Trinkwasserinitiative nicht zu Ende gedacht.» Die Schweizer Landwirtschaft habe in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bereits einiges an Vorarbeit geleistet, das Hauptziel beider Initiativen sei schon heute erreicht: «Der Druck war so gross, dass jetzt zum Beispiel das Pestizidgebiet beschlossen wurde.» Man dürfe schon Anforderungen an die Bauern stellen, die Konsumenten seien aber über ihre Kaufentscheide mindestens genauso wichtig; und die Landwirtschaft sei nicht alleine verantwortlich für die vom Körper aufge-

nommenen Schadstoffe, es gebe auch noch Baustoffe, Kosmetika oder Medikamente.

Leider würden beide Agrarinitiativen auf beiden Seiten in denselben Topf geworfen. «Die Pestizidinitiative hat dann eine Berechtigung, wenn sie auch auf den Importanteil angewendet würde, was ich aber bezweifle», so Langhart weiter; die Umsetzung sei über das Verbot von Chlorothalonil und der Neonikotinoide hingegen bereits angelaufen. Bei einer Annahme der Trinkwasserinitiative wären die Importe von belasteten Lebensmitteln weiterhin möglich, hinzu komme, dass die Direktzahlungen bei vielen Gemüse-, Obst- oder Rebbauern einen einstelligen Prozentsatz der Einnahmen ausmachten, «dann werden sich diese Betriebe aufgrund der nichterfüllbaren Anforderungen für einen Ausstieg aus dem Ökologischen Leistungsnachweis entscheiden.» Zuletzt sei die Einschränkung, die Tiere nur noch mit eigenem Futter zu bedienen, nicht umsetzbar. «Das gefährdet den Futtermittelhandel zwischen den Betrieben, oder die Sömmerung», so Langhart.

Amadeus Zschunke, Geschäftsführer der Rheinauer Biosaatgutproduzentin Sativa AG, der beiden Initiativen zustimmen würde, zeigte sowohl für Tschudis Kritik an der Agri-industrie wie auch für Langharts Sicht als Biobauer Verständnis; man dürfe nicht rein die Landwirtschaft verteufeln, viele Privatpersonen oder auch die SBB setzten auch heute noch Pestizide ein. «Die Pestizidinitiative ist die ausgewogenere der beiden Vorlagen, da sie auch den Import von Nahrungsmitteln berücksichtigt.» Die Übergangsfrist sei nötig, denn man habe beispielsweise beim Verbot der Neonicotinoiden im Zuckerrübenanbau gesehen, dass die Kompensation aus dem Stand nicht so einfach zu bewerkstelligen sei. «Die Diskussion zu den beiden Initiativen ist mir jedoch zu kurzfristig gedacht», so Zschunke abschliessend, «wir brauchen dringend ein anderes Verhältnis der Gesellschaft zu unserer Landwirtschaft.» Kein ihm bekannter Bauer verspritzte aus Freude Pestizide: «Die Betriebe befinden sich in einem Korsett von Auflagen und ökonomischen Zwängen; die Last müsste von allen getragen werden. Im Falle einer Ablehnung beider Initiativen sei es wichtig, mit einem möglichst hohen Ja-Anteil ein deutliches Signal an die Politik zu senden.

Trotz Urteil ohne Strafe wird Täter zur Kasse gebeten

ANDELFFINGEN. Der junge Mann, der Anfang Woche vom Bezirksgericht Andelfingen aufgrund mehrerer, teils versuchten sexuellen Handlungen mit seiner noch minderjährigen Freundin verurteilt (siehe SN vom 11. Mai), aber gegen den – wie das die Staatsanwaltschaft forderte – keine siebenmonatige Freiheitsstrafe, kein Tätigkeitsverbot und keinen Landesverweis verhängt wurde, muss trotzdem büssen: Zu seinen Lasten gehen die Aufwendungen für die Entscheidungsbüro, das Vorverfahren sowie für Auslagen von total 4500 Franken, hinzu kommen die Kosten im Umfang von 8500 Franken für die Anwältin des Opfers. Die Anwaltskosten des Täters von 9000 Franken für die amtliche Verteidigung gehen vorläufig auf die Gerichtskasse. (r.)

Journal

Glasfasernetz in der Region wird ausgebaut

RHEINAU/STAMMHEIM. Vor Kurzem startete die Swisscom mit dem Ausbau des Glasfasernetzes in Stammheim, Guntalingen, Oberstammheim, Unterstammheim, Waltalingen sowie in Rheinau. Die Arbeiten sind vor wenigen Tagen gestartet. Sie werden von Cablex, einem Netzbaupartner von Swisscom, verantwortet, dauern mehrere Monate und werden voraussichtlich im Herbst 2021 abgeschlossen sein.

Gemeinderat prüft Abschied von E-Auto

TRUTTIKON. Für diesen Monat sollen dem Gemeinderat die Ein- und Ausgaben für die Benutzung des E-Mobility-Autos vorliegen. Die Mobility-Genossenschaft wird eine Offerte für einen Vertragsrücktritt abgeben. Sobald diese Zahlen vorliegen, will der Gemeinderat über das weitere Vorgehen beraten.

Bauernverband und Konsumentenforum vereint

Bei einer Medienkonferenz in Thalheim äusserten sich Vertreter von Biobauern und Konsumenten gegen die beiden Agrarinitiativen, die am 13. Juni zur Abstimmung gelangen.

Thomas Güntert

THALHEIM AN DER THUR. Der Bund ergänzt das bäuerliche Einkommen mit Direktzahlungen für bestimmte erbrachte Leistungen. Die Trinkwasserinitiative sieht vor, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide sowie in ihrer Tierhaltung prophylaktisch kein Antibiotika einsetzen und nur noch so viele Tiere halten, wie sie mit eigenem Futter ernähren können. Das gilt auch für Biobetriebe. Die Pestizidfrei-Initiative geht noch einen Schritt weiter und verbietet synthetische Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, in der Boden- und Landschaftspflege, sowie bei der Einfuhr und Herstellung von Lebensmitteln. Die Umsetzungsfristen für beide Initiativen betragen zehn Jahre.

Initiativen als Mogelpackungen

Der Zürcher Bauernverband wehrt sich vehement gegen beide Initiativen und gab zuletzt bei der Getreidesammelstelle in Thalheim an der Thur eine Medienkonferenz. Der Kanton Zürich ist mit über 40 Prozent landwirtschaft-

lich genutzter Fläche der fünfgrößte Agrarkanton der Schweiz.

Nationalrat Philipp Kutter (Die Mitte) erklärte, dass die Initiativen grundsätzlich berechnete Ziele verfolgten; gesundes Essen, eine gesunde Umwelt, den Schutz des Trinkwassers und eine Reduktion beim Einsatz von Pestiziden. «Die Initiativen haben einen gewissen Charme, der aufgezeichnete Weg ist aber der falsche, die Initiativen sind zu extrem», sagte Kutter. Das Parlament habe bereits ein Pestizidgebiet verabschiedet, über welches in den nächsten fünf Jahren der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent gesenkt werden müsse. Mit dem neuen Gesetz gelten in der Schweiz 100-fach tiefere Grenzwerte als in der EU. Das Verbot von Pflanzenschutzmitteln würde die inländische Nahrungsmittelproduktion um bis zu 40 Prozent reduzieren, die einheimischen Nahrungsmittel wären laut Kutter nicht mehr konkurrenzfähig. Zudem würde der Selbstversorgungsgrad von rund 50 Prozent drastisch sinken und die Ernährungssicherheit in der Bevölkerung eingeschränkt.

Sieben regionale Produzenten erläuterten die Auswirkungen auf ihre Betriebe. Für den Andelfinger Biobauer Heinz Höneisen sind Pflanzen Lebewesen, die man gerne schützen möchte. «Eine Kartoffelsorte, die ohne Pflanzenschutzmittel angebaut werden kann, ist nicht vorhanden, und es gibt auch noch keinen Roboter zum Rüben jäten», sagte Höneisen. Stefan Leu, der in Trüllikon einen Ackerbaubetrieb führt, betonte, dass bei einer Annahme der Trinkwas-

serinitiative der Anbau von Raps und Zuckerrüben ohne einen minimalen Pflanzenschutz fast nicht mehr möglich wäre. Sollte die Mehrheit der Schweizer Konsumenten nicht bereit sein, in Zukunft Biopreise für solche Produkte zu bezahlen, würden diese Kulturen grösstenteils aus der Schweiz verschwinden; beim Raps verlören Bienen eine wichtige Nahrungsgrundlage. Weil sich Tierhalter mit betriebseigenem Futter versorgen müssten, fielen aus Sicht von Leu auch die Abnehmer für Körnermais und Gerste weg. Bei der Annahme der Trinkwasserinitiative würde er wahrscheinlich auf eine umweltgerechte Landwirtschaft und somit auf Direktzahlungen verzichten. Eine Alternative wäre die Massenproduktion mit dem entspre-

chenden Pflanzenschutz, was bei der Annahme der Pestizidinitiative aber auch nicht mehr möglich wäre.

Rolf Häusler, Geschäftsführer der Getreidesammelstelle und Futtermühle Thalheim, befürchtet Umsatzrückgänge bei den inländischen Produkten. «Das wird Stellen kosten», sagte Häusler. Auch FDP-Ständerat Ruedi Noser warnte davor, mit den Initiativen Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen.

chenden Pflanzenschutz, was bei der Annahme der Pestizidinitiative aber auch nicht mehr möglich wäre.

Rolf Häusler, Geschäftsführer der Getreidesammelstelle und Futtermühle Thalheim, befürchtet Umsatzrückgänge bei den inländischen Produkten. «Das wird Stellen kosten», sagte Häusler. Auch FDP-Ständerat Ruedi Noser warnte davor, mit den Initiativen Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen.

Furcht vor Einkaufstourismus

Babette Sigg, geschäftsführende Präsidentin des Schweizerischen Konsumentenforums, betonte, dass in der Schweiz alle Zugang zu Trinkwasser hätten, und dieses im internationalen Vergleich eine ausgezeichnete Qualität

aufweise. Eine Bewirtschaftung ohne Pflanzenschutzmittel führe zu Fäulnis, Schädlingsbefall und Ernteausfällen. Die Verknappung des regionalen Angebots triebe die Preise für diese Produkte in die Höhe, Konsumenten mit knappem Budget wären gezwungen, landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland zu kaufen. In den Grenzkantonen würde der Einkaufstourismus wieder zunehmen, nachdem er sich in den letzten Monaten beruhigt habe.

Martin Haab, SVP-Nationalrat und Präsident des Zürcher Bauernverbandes, beleuchtete eine Studie des Forschungsinstituts Agroscope, die mögliche Umweltfolgen bei einer Umsetzung der Trinkwasserinitiative analysiert hat. Die Belastung von Gewässern mit Pestiziden und Nährstoffen liesse sich reduzieren und auch die Biodiversität könnte sich leicht verbessern. Im Gesamtergebnis nähme jedoch die Umweltbelastung durch die Nahrungsmittelimporte zu.

Am Schluss der Pressekonferenz kam Michael Bachofen, der in Maur am Greifensee einen IP-Suisse-Milchwirtschaftsbetrieb führt, mit dem Traktor angefahren. Er wird morgen Samstag mit 100 weiteren jungen Landwirten eine Sternfahrt durch den Kanton Zürich machen und in den einzelnen Gemeinden den Dialog mit der Bevölkerung suchen. Bereits am Auffahrt boten rund 40 regionale Bauernfamilien bei der Thalheimer Getreidesammelstelle ihre Produkte an, um gleichzeitig den Konsumenten die möglichen Folgen der beiden Initiativen aufzuzeigen.



Die Referenten Ruedi Noser, Martin Haab, Babette Sigg und Philipp Kutter (v. l.) erläuterten die Auswirkungen der beiden, in ihren Augen extremen, Agrarinitiativen. BILD TGU